

stände, welche den Bolschewismus in seiner ärgsten Form selbst beim ruhigsten Bürger zeitigen müßten.

Alle Deutschösterreicher sind von dem Bestreben befeelt, dem Staate Deutschösterreich die Mittel zu seiner finanziellen Existenz jetzt und in Zukunft zu geben. Die Mitbürgerchaft verlangt jedoch, daß dies in einer derartigen Form geschehe, daß ihre Existenz nicht untergraben werde. Die Steuerübergriffe der letzten Wochen sind dazu geeignet gewesen.

Im Besondern wird die sofortige Abänderung des Gesetzes vom 12. Dezember 1918, betreffend die Einhebung direkter Steuern, in folgenden Punkten verlangt: im § 1 sind die Verzugszinsen auf 50 Heller für je eine Krone pro Kalendermonat herabzusetzen; § 3 hat zur Gänze aufgehoben zu werden, und es ist sowohl für die zur Vorschreibung gelangende Grund-, Hausklassen-, Renten- und Einkommensteuer sowie für die allgemeine und besondere Erwerbsteuer die Zahlung in drei Raten, jede Rate fällig am 1. März, 1. Mai und 1. August d. J. zu gestatten; § 5 hat dahin abgeändert zu werden, daß die Steuerbehörde erster Instanz unvorgreiflich der endgültigen Festsetzung im ordentlichen Verfahren die besondere Erwerbsteuer und Einkommensteuer bis einschließlich des Steuerjahres 1919 und die Kriegsteuer nach der letzten rechtsgültigen Vorschreibung zur Zahlung binnen 30 Tagen auftragen kann. Lautet jedoch der Zahlungsauftrag über die Dauer eines Jahres, so kann die Bezahlung des Gesamtbetrages, je nachdem, um wieviel Jahresvorschreibungen es sich handelt, in den oben angeführten Fristen bezahlt werden; im § 6 des Gesetzes hat ausgedrückt zu werden, daß Stundungen bei Verlichthigung aller persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach Tüchtigkeit zu gewähren sind. Zur Hebung der Steuermoral verlangt die Versammlung die Vorschreibung der Steuer im öffentlichen Verfahren, vor einzurichtenden Steuergerichtshöfen, deren Senate unter Leitung eines öffentlichen Beamten im ordentlichen Verfahren nach Art. des Gerichtsverfahrens die Steuerhöhe bestimmen. Die Senate haben zusammenzusetzen zu sein aus denjenigen Berufsschichten, welchen der Steuerpflichtige entstammt.

Die Versammlung ist der einmütigen Ansicht, daß der gegenwärtige Staatssekretär für Finanzen Dr. Steinwender nicht diejenige Geschicklichkeit aufgebracht hat, welche zur Sanierung der tristen Geldverhältnisse in unserm Staate notwendig gewesen wäre. Sie ist der Ansicht, daß der Staatssekretär es insbesondere unterlassen hat, gegen die Nebervermögen entsprechend vorzugehen und daß ihn deshalb die Hauptschuld an dem fortschreitenden finantziellen Niederdrucke trifft. Die Versammlung fordert daher seinen Rücktritt.

**Eine Rundgebung der Wiener Börse**

Die Börse hat sich heute in der üblichen Weise abgehalten. Die Kurse sind im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Wiener Börse hat sich heute in der üblichen Weise abgehalten. Die Kurse sind im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Wiener Börse hat sich heute in der üblichen Weise abgehalten. Die Kurse sind im allgemeinen ruhig verlaufen.

**Protestversammlung der Handel- und Gewerbetreibenden.**

In den „Drei Engel“-Gälen im 4. Bezirk fand gestern eine vom Exekutivkomitee des Handels- und Gewerbestandes des Oesterreichischen Volksvereines einberufene Versammlung statt, die in überaus scharfer Weise gegen die Handhabung der bestehenden Steuerordnungen Stellung nahm. Den Vorsitz führte der Obmann des Oesterreichischen Volksvereines Dr. Linappig. Der Saal war von Vertretern der verschiedenen Kategorien der Geschäftswelt bis auf letzte Plätze gefüllt.

Als erster Redner sprach der Vorsteher der Zuckerbäckergenossenschaft Herr Rosenberger. Der Redner erklärte gegenüber den Ausführungen des Staatssekretärs Steinwender über den Fall Bartisch, daß dieser mit einer halben Million besteuert wurde und aus Furcht, seine ganzen während 25jähriger Tätigkeit gesammelten Ersparnisse abliefern zu müssen, in den Tod ging. Ein noch krasserer Fall: ein Kollege, der anwesend ist, wurde mit 480.000 K. besteuert, obwohl er nicht einmal den dritten Teil dieser Summe im Vermögen hat. Er ist erst sechs Jahre etabliert und arbeitet mit nur drei Gehilfen. (Lebhafte Entrüstungsrufe.) Wenn die jetzige Regierung die Bezahlung der Kriegsschulden sichern will, so möge sie sich an die Großkapitalisten und wirklichen Kriegsgewinner wenden.

Als zweiter Redner sprach Stadtrat Breuer, der erklärte, daß die Steuerübergriffe der letzten Wochen ein Verbrechen sind. Er forderte die Abschaffung der Steuerübergriffe und die Einführung der Steuer im öffentlichen Verfahren.

**Seitens der Bohemisten**

Die Bohemisten haben sich heute in der üblichen Weise abgehalten. Die Kurse sind im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Bohemisten haben sich heute in der üblichen Weise abgehalten. Die Kurse sind im allgemeinen ruhig verlaufen.